

Geographische Konfliktforschung und Geopolitik: Zukunftsaufgabe Friedenssicherung

Rainer Rothfuß

1. Einleitung

Die Disziplin der Geographie – als die Wissenschaft von den die Umwelt auf den verschiedensten Maßstabsebenen prägenden humanen und physischen Faktoren und Prozessen – stützt die Geographische Konfliktforschung mit einem umfassenden Methodeninstrumentarium aus. Damit wird sie in die Lage versetzt, das gesamte Spektrum an potenziell konfliktauslösenden Faktoren systematisch zu erfassen. Der vorliegende Artikel stellt die Teildisziplin der Geographischen Konfliktforschung als eine wichtige Erkenntnisgrundlage und Informationsquelle für das idealerweise gesamtgesellschaftlich definierte Projekt einer *Neuen Geopolitik* dar, die einen wirksamen Beitrag zu einem dauerhaften Frieden in einer multipolaren, auf universellen Menschenrechten basierenden Weltordnung leisten kann.

2. Geopolitik: Von Brüchen und möglichen Neuanfängen

Seit der Wiedervereinigung hat sich Deutschlands von außen und selbst zugeschriebene Rolle in der Welt gewandelt (vgl. Staack 2009: 45 f. und Gareis 2009: 103 ff.). Die durch die Macht der Geschichte schlagartig erfolgte Dekonstruktion des globalen geopolitischen Leitbilds des *Kalten Krieges*, hat eine umfassende Neuorientierung internationaler Politik erforderlich gemacht. Huntington (1993) hat mit seiner These des „Clash of Civilizations“ eine höchst umstrittene Formel und Argumentationsbasis geliefert, die eine diskursive wie faktische Neuausrichtung der westlichen Außen- und Sicherheitspolitik stützte. Es ist unbestritten, dass es auch vor Huntington bereits zahlreiche Konflikte entlang kulturell-ethnisch-religiöser *Grenzen* gab (vgl. Croissant et al. 2009). Neu war jedoch seit Anfang der 90er Jahre die fehlende Überschattung dieser Spannungen durch den seinerzeit mit viel beidseitiger diskursiver Inbrunst *inszenierten* und in zahlreichen Stellvertreterkriegen in der *blockfreien Dritten Welt* ausgefochtenen Konflikt des *Kalten Krieges*.

Aufgrund vielfältiger Verwicklungen der deutschen Politischen Geographie in die Machenschaften des Nazi-regimes, dessen aggressives Expansionsstreben sie akademisch unterfüttert hatte, war die ganze Teildisziplin, insbesondere aber ihr als *unwissenschaftlich* gebrandmarkter Zweig der *Geopolitik*, im deutschsprachigen Raum für über gut vier Jahrzehnte nahezu vollständig aufgegeben worden (vgl. Wolkersdorfer 2001a: 51).¹ Als Folge dieser Entwicklung manövrierte sich die Politische Geographie in Deutschland in die „Belanglosigkeit“ (Oßenbrügge 2001: 177) und stand auch seit ihrer *Wiedererweckung* in den 90er Jahren für die wissen-

schaftliche Begleitung einer möglichen konstruktiven, friedenssichernden *Neuerfindung* deutscher Geopolitik – als Partnerin im Sinne anwendungsbezogener Wissenschaft und Politikberatung – zunächst nur eingeschränkt zur Verfügung (vgl. Veres & Kost 2005: 28).

Dessen ungeachtet wies die Politische Geographie auch im deutschen Sprachraum in den vergangenen beiden Jahrzehnten eine hohe Dynamik der disziplinären Weiterentwicklung auf. Wichtige Erkenntnisse mit hoher Politikrelevanz erschließen sich mittlerweile durch die Etablierung der *Critical Geopolitics* (vgl. Nissel 2010 und Beitrag in diesem Heft, Ó Tuathail 1998 und Reuber 2000), die – der konstruktivistischen Wende in den Sozialwissenschaften folgend – sich zum Ziel gesetzt hat, die hinter strategischen Raumbildern staatlicher Geopolitik verborgenen Interessen mittels Dekonstruktion zu enttarnen und somit dem öffentlichen Diskurs zugänglich zu machen.

Dass ein Staat von der bevölkerungsmäßigen Größe und der wirtschaftlichen Bedeutung Deutschlands politische Interessen verfolgt, die entsprechend der zunehmenden globalen Verflechtungen weit über sein Territorium hinausreichen, ist ein Faktum. Dass jedoch nie eine ausreichend offene, systematische und umfassende Strategiedebatte über grundlegende Leitziele der Geopolitik des wiedervereinigten Deutschlands geführt wurde, ebenfalls (vgl. Böckenförde & Gareis 2009: 372 f. und Gareis 2009: 114). Dieser missliche Umstand führt zu einer „Politik des *muddling through*“ (Biehl & Jacobs 2009: 248), geprägt durch eine bemerkenswerte Sachzwangsteuerung, Heterogenität und teilweise auch eklatante Widersprüchlichkeit jener außengerichteten Politikbereiche, die geopolitische Relevanz besitzen.² In Ermangelung eines öffentlich debattierten und demokratisch legitimierten konstruktiven, weltgemeinwohlorientierten geopolitischen Leitbilds, zu dem man gegenüber der eigenen Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft offen stehen könnte, lehnt sich das geopolitische Agieren Deutschlands weitgehend an die fraglichen geopolitischen Handlungsmuster der international einflussreichsten westlichen Mächte und Bündnispartner, insbesondere aber der USA an.³

Geopolitische Fragestellungen und Zielsetzungen berühren unterschiedlichste Politikfelder. Nationale Interessen können dabei Ausdruck finden in Fragen

¹ Flint & Taylor (2007: 43) stellen fest: „Political geography became equated with geopolitics and its 'evil' uses by the Nazis. Geopolitics was a 'hot potato' and most academics dropped it.“

² Der Rücktritt des ehemaligen Bundespräsidenten Köhler infolge der umstrittenen Aussage, dass bei gewissen Auslandseinsätzen der Bundeswehr auch deutsche Wirtschaftsinteressen verteidigt würden, ist letztlich der Tatsache geschuldet, dass geopolitische Interessenpolitik zwar allseits stillschweigend vermutet, aber niemals öffentlich debattiert und damit in konsensfähige Bahnen gelenkt wurde. Im Schatten der deutschen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird Geopolitik im öffentlichen Diskurs nach wie vor als Tabu betrachtet (das Wort Geopolitik ist im 165 Seiten umfassenden ‚Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands‘ nicht ein einziges Mal zu finden; vgl. BMVG 2006), wovon ihre faktische Existenz jedoch unberührt bleibt.

³ Beispielhaft kann hier das deutsche Engagement in Afghanistan, aber auch die deutsch-amerikanische Unterstützung des ruandischen Militärs unter der Führung von – teilweise mit internationalem Haftbefehl gesuchten – Kriegsverbrechern, mit dem vermuteten Ziel der Stärkung der sezessionistischen Rebellenarmee im geostrategisch bedeutsamen, da rohstoffreichen Ostkongo, angeführt werden (vgl. Bericht „Beschwiegene Massaker“ vom 31.08.2010 auf www.german-foreign-policy.com).

außenpolitischer Einflussicherung, kulturellen Sendungsbewusstseins, entwicklungspolitischer Führung, sicherheitspolitischer Bündnisfestigung oder hegemonialer Wirtschaftspolitik. Wie nationale Interessen im Sinne der eigenen geopolitischen Positionierung definiert werden und welche Mittel zu ihrer Verfolgung als legitim betrachtet werden, bestimmt den Geist, in dem Geopolitik betrieben wird und damit letztlich auch ihr vielfältiges Gewand, insbesondere in Erscheinung als Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik.

3. Geographische Konfliktforschung als Erkenntnisgrundlage der Geopolitik?

Kost (2000: 172) betrachtet Geopolitik als „angewandte Politische Geographie, die das Ziel der Politikberatung zum Zwecke der Konfliktvermeidung globalen wie regionalen Ausmaßes verfolgt“. Zwecks größerer begrifflicher Schärfe soll hier jedoch zwischen den Begriffen der *Geopolitik* und *Geopolitik-Beratung* mit ihren jeweils a priori nicht festgesetzten normativen Zielsetzungen unterschieden werden. Geopolitik wird hier definiert als das interessen geleitete Streben nach Einfluss in Räumen, die über das *eigene* Territorium hinausreichen. Diese offene Definition erlaubt das Fassen raumgreifenden interessen geleiteten Handelns als Geopolitik, selbst wenn die Akteure nicht – wie im klassischen Fall – Nationalstaaten und die Zielsetzung nicht militärische Machtausübung ist. So können beispielsweise auch Unternehmen zum Vertrieb gentechnisch veränderten Saatguts oder eine Religion und die sie vertretenden Institutionen geopolitisch relevante Ziele verfolgen, die mit denen gewisser Staaten kompatibel sein, für andere Staaten aber auch eine ernsthafte Bedrohung ihrer jeweiligen Interessen darstellen können.

Geographische Konfliktforschung bietet einen für den Entwurf einer friedenssichernden Geopolitik relevanten Analyseansatz, der sowohl unterschiedliche kausale Konfliktfaktoren, als auch maßstäbliche Wechselwirkungen von der lokalen bis zur globalen Ebene sowie die zentrale Rolle der handelnden Akteure im Konflikt in den Blick nimmt. Sie kann eine wertvolle Grundlage zur weitestgehenden Informierung einer auf Friedenssicherung ausgerichteten Geopolitik sein, da sie Erkenntnisse über die Verursachung, Entstehung, Entwicklung und mögliche Lösung von Konflikten bereitstellt. Dabei ist sie aufgrund der fachlichen Breite ihres Forschungsansatzes und Methodeninstrumentariums durchaus in der Lage, sachdienliche Informationen – von kulturgeographischen bis hin zu physisch-geographischen Aspekten – für alle geopolitisch relevanten Interventionsfelder zu liefern.

Der Anspruch hingegen, dass Geopolitik-Beratung per definitionem der Konfliktvermeidung dient (Kost op. cit.), ist leider nicht haltbar. Die Realität zeigt, dass auch Geopolitik-Berater nie ganz außer Acht lassen werden, welche Leistungen ihr Auftraggeber erwartet. Zudem lassen sich die vielfältigen zur Wahl stehenden Maßnahmen mit dem Anspruch der Konfliktvermeidung sehr unterschiedlich bewerten. Ein mahnendes Beispiel sei hier der ehemalige Pentagon-Berater Barnett (2005:

40), der zwecks friedenssichernder Integration unterentwickelter, schwacher Staaten in das globalisierte Weltsystem das Instrument des „preemptive war“ (Präventivkrieg) empfiehlt.

Eine tatsächliche, verantwortungsvolle und friedenssichernde Nutzung der Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen Geographischer Konfliktforschung kann weder die Grundlagenforschung noch eine anwendungsorientierte Politikberatung allein sicherstellen. Für das Formulieren bindender normativer Maßstäbe bedarf es der Öffnung des traditionell hinter verschlossenen Türen bearbeiteten Feldes der Geopolitik für eine systematische, demokratische und zivilgesellschaftliche Debatte, idealerweise in Form einer geopolitischen Zukunftskonferenz. Unbestritten ist, dass Deutschland entsprechend seiner Kapazitäten „Verantwortung in der Welt“⁴ übernehmen muss. Bei der Definition des *Wie* und *Wofür* sollten auch die Bürger direkt mitbestimmen dürfen. Schließlich müssen sie, das lehrt uns die leidvolle deutsche Geschichte, mit viel weitreichenderen Konsequenzen die Verantwortung für geopolitische Weichenstellungen und auch Abenteuer tragen als die politischen Entscheidungsträger, die sie eingegangen sind.

3.1 Geographische Konfliktforschung zwischen Abgrenzung und Entgrenzung

Jones, Jones & Woods (2004: 14) sehen die Politische Geographie aufgrund der starken Dynamik des Fachgebiets in den vergangenen Jahrzehnten als „expansive creature“ und damit die Gefahr, dass „political geography‘ may become devaluated by its very ubiquity – if everything is ‚political‘ then it could follow that all geography is ‚political geography‘“. Dieselbe Gefahr besteht für die Geographische Konfliktforschung, wenn Politische Geographie per se als „räumliche Konfliktforschung“ (Oßenbrügge 1983, Reuber 1999 und Wolkersdorfer 2001b: 165 ff.) definiert wird. Selbstverständlich beschäftigen sich alle Teilgebiete der (Politischen) Geographie in ihren jeweiligen Sachbereichen mit jeweils spezifischen Interessenkonflikten und gegebenenfalls auch mit Mechanismen der Konfliktbewältigung. Die disziplinären Übergänge sind hier fließend und das wissenschaftliche Methodenspektrum zumindest in den Grenzbereichen nahezu identisch.

Das spezifische Arbeitsgebiet der *Geographischen Konfliktforschung* sollte jedoch für solche Konflikte umrissen werden, deren Austragung die Schwelle der Anwendung physischer Gewalt gegen Personen und/oder Sachgüter überschritten hat bzw. das erkennbare Potenzial in sich trägt, diese Eskalationsstufe im Laufe eines angenommenen Konfliktzyklus zu erreichen. Diese Abgrenzung von den übrigen Bereichen der (Politischen) Geographie über die *Konfliktintensität* wahr – im Sinne einer dynamischen „post-disciplinary political geography“ (Painter 2003) – die durchaus sinnvolle Offenheit für die Breite des Spektrums an

⁴ Außenpolitisches Leitmotiv der aktuellen Bundesregierung: <http://angela-merkel.de> (01.01.2011).

potenziell gewaltsame Konflikte auslösenden Faktoren und Themenfeldern, wie etwa ethnische Herkunft, Religionszugehörigkeit, Land- und Ressourcennutzung, Außenhandelsbeziehungen und Stadtentwicklungsprozesse, um nur einige wenige zu nennen.

Die Geographische Konfliktforschung analysiert Konflikte aus der Perspektive der handelnden Akteure bzw. Akteursgruppen und unter Berücksichtigung der Konstruiertheit der für Konflikte maßgeblichen Wahrnehmungen, Leitbilder, Diskurse und Symbole. Durch ihre Stellung zwischen den Natur- und Sozialwissenschaften erschließen sich ihr alle relevanten Konfliktfaktoren, von natürlichen Ressourcen über soziale Spannungen bis hin zu persönlichen und kollektiven Vorstellungsbildern, die für die Entstehung, den Verlauf und die Lösung von Konflikten bedeutsam sein können. Als Raumwissenschaft analysiert sie darüber hinaus Einflüsse, die nur vor dem Hintergrund ihrer maßstabsgebundenen Wirksamkeit verstanden werden können. Somit können Zusammenhänge zwischen lokalen Konflikten und regionalen bis hin zu globalen Steuerungslogiken erklärt und damit etwaige zukünftige Konflikt- und Eskalationspotenziale aufgezeigt werden, die ohne die Berücksichtigung systemischer Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Maßstabsebenen des Konfliktgeschehens verborgen bleiben würden.

Wolkersdorfer (2001b: 229) sieht zwischen den handlungs- und diskursorientierten Ansätzen in der Politischen Geographie „epistemologische Gräben“, da die Annahme der Autonomie des individuellen Akteurs der überindividuellen Konzeption der Diskurstheorie widerspreche. Im Rahmen der Geographischen Konfliktforschung können sich jedoch beide erkenntnistheoretischen Perspektiven durchaus gewinnbringend ergänzen.⁵ So kann beispielsweise die interessengeleitete Konstruktion eines strategischen Raumbildes durch einen Konfliktakteur aus handlungstheoretischer Perspektive analysiert werden und dieses Konstrukt zum vertieften Verständnis seiner spezifischen Konfliktwirksamkeit einer hermeneutischen, also den Entstehungshintergrund berücksichtigenden Diskursanalyse unterzogen werden. Im Sinne einer Theorie- und Methoden-Triangulation lassen sich dabei Erkenntnisse gewinnen, die ein durchgängiges Verständnis des Einsatzes konstruktivistischer Instrumente durch Konfliktakteure sowie die hervorgerufenen Wechselwirkungen im Konfliktgeschehen ermöglichen.

3.2 Konstruiertheit der Forschung im Lichte gesellschaftlicher Verantwortung

Die Ergebnisse Geographischer Konfliktforschung müssen, im Sinne eines konstruktivistischen Wissenschaftsverständnisses, stets vor dem Entstehungshintergrund der Forschung interpretiert werden. Auch statistische Analysen und empirische Studien bilden hier keine Ausnahme, da selbst intersubjektive Fakten, die in manchen Konflikten ohnehin schwer eruierbar sind – wie etwa

die Anzahl von Opfern aufseiten der verschiedenen Konfliktparteien – immer noch vielfältigen Erklärungs- und Bewertungsmöglichkeiten seitens des Konfliktforschers Raum lassen. Folgende Einflussfaktoren sollten bei der Beurteilung von Konfliktstudien einer näheren Betrachtung unterzogen werden:⁶

- empirische Qualität der Studie,
- Verlässlichkeit der Datenbasis,
- weltanschauliche Prägung des Autors,
- institutionelle Verflechtung des Autors,
- Interessen des Geldgebers einer Studie,
- ideologische Positionierung des Publikationsmediums.

Für die im Bereich der Geographischen Konfliktforschung tätigen Wissenschaftler ergibt sich aus folgenden Gründen eine besonders hohe ethisch-moralische Verantwortung hinsichtlich ihrer friedenspolitisch höchst relevanten Forschung:

- Wissenschaftler genießen in westlichen Gesellschaften allgemein hohes Ansehen, weshalb ihre Aussagen eine besondere diskursive Macht besitzen.
- Die Art und Weise der Analyse, Erklärung und Interpretation von Konflikten stellt eine durch die Wahrnehmung sowie die Weltanschauung des Forschers bestimmte Konstruktion dar.
- Bezüglich der Deutung der Konfliktursachen und der daraus abzuleitenden Handlungsempfehlungen kann es zu einer groben Vereinfachung komplexer Sachverhalte kommen oder auch zu einer gefährlichen Relativierung wichtiger Einzelfaktoren, die im Mittelpunkt wirksamer Gegenmaßnahmen stehen sollten.
- Die spezifischen Konfliktinterpretationen sowie die üblicherweise im Zuge der wissenschaftlichen Sozialisierung angeeigneten fixen Interpretationsschemata entfalten eine nicht zu unterschätzende Langfristwirkung (von der konfliktbezogenen Politikberatung bis hin zur universitären Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlern und Lehrern sowie in der allgemeinen Diskursprägung in den Medien).
- Durch den (un-)bewusst selbst gewählten Grad und die Ausrichtung der politisch-ideologischen Fixierung des Forscherblicks kann es zur Fehlinterpretation akuter sowie in der Entstehung begriffener Konflikte kommen. Daraus resultierende Fehleinschätzungen durch politische Entscheidungsträger können fatale Folgen für alle aktuell und langfristig Betroffenen haben.

3.3 Das spezifisch Geographische an der Geographischen Konfliktforschung

Die Geographische Konfliktforschung stützt sich auf drei interdependente Kategorien erkenntnisleitender Zusammenhänge, die in den folgenden Abschnitten einer näheren Betrachtung unterzogen werden sollen:

⁵ Vgl. hierzu auch Nissels Position (2010: 14) in Bezug auf die gesamte Politische Geographie.

⁶ Die Regeln der Diskursanalyse hermeneutischer Prägung zur Erfassung des spezifischen Entstehungshintergrunds eines geopolitisch relevanten Textes (vgl. Mattissek & Reuber 2007: 180) sollten somit nicht nur durch kritische Konfliktforscher angewendet werden. Auch deren Aussagen stellen wiederum Konstruktionen dar, die der kritische Leser erkennen und in seine persönliche Deutung eines Konflikts einfließen lassen muss.

- materielle, soziale und geistige *Konfliktdimensionen* und ihr Wechselspiel,
- *maßstabsgebundene* Faktoren und ihre wechselseitige Beeinflussung,
- *Akteure* als handelnde Subjekte innerhalb konfliktiver Rahmenbedingungen.

3.3.1 Multidimensionalität: Materielle, soziale und geistige Konfliktfaktoren

Kein (potenziell) gewaltsamer Konflikt lässt sich allein monokausal erklären, auch wenn Konflikte meist im öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskurs nach ihrer (vermuteten) Hauptursache klassifiziert werden (z. B. als *Ressourcen-Konflikt*). Immer spielen verschiedene, meist ineinander greifende materielle (z. B. Ressourcenzugang), soziale (z. B. Wohlstandsgefälle) und geistige Faktoren (z. B. konkurrierende Glaubenssysteme, kulturelle Identitäten, Machtansprüche) eine sich wechselseitig bedingende Rolle. Die Beurteilung ihrer jeweiligen Gewichtung sowohl aufseiten der Konfliktparteien als auch durch Konfliktforscher ist bereits Gegenstand subjektiver Wahrnehmung und möglicherweise auch bewusst verzerrender Darstellung (vgl. Reuber 2001: 86 f.).

Gewaltsam eskalierende Konflikte weisen – unabhängig vom akut auslösenden Moment – in der Regel die Gemeinsamkeit auf, dass zumindest eine der Konfliktparteien aufgrund besonders stark identitätsstiftender Kriterien, wie etwa Religion, Ethnie oder Nation, zuvor bereits eine überzogene Abgrenzung der *Wir*-Gruppe von den *Anderen* konstruiert hatte. Dabei findet eine „Reduktion sozialer Komplexität über kulturelle sowie räumliche Chiffren“ statt, die zu einer besonders konfliktträchtigen „Verkopplung von Territorium, ‚Kultur‘ und Identität“ führt (Reuber & Wolkersdorfer 2007: 22). Alle weiteren möglicherweise konfliktauslösenden oder -verstärkenden materiellen, sozialen und geistigen Faktoren werden in der Folge vor dem Hintergrund der mit viel Inbrunst konstruierten Dichotomisierung zwischen *Eigenem* und *Fremdem* gewertet und als Begründung bzw. Rechtfertigung für die Eskalation wahrgenommen bzw. narrativ-medial ins Feld geführt. Die Herausbildung strikt getrennter Identitätsgruppen und die Entstehung von Parallelgesellschaften untergräbt demnach in besonderer Weise die Fähigkeit unterschiedlicher, innerhalb eines gewissen Territoriums lebender Bevölkerungsgruppen, mit jeglichen, der Identitätsfrage nachgeordneten Konfliktfaktoren so umzugehen, dass in offenen Dialogprozessen noch einvernehmliche, friedliche Lösungswege gefunden werden können.

Solche identitätsbasierten Konflikte entladen sich am häufigsten in innerstaatlichen Zusammenhängen,⁷ da nationale Grenzen, die den militärisch gesicherten territorialen Hoheitsanspruch einer anderen Regierung implizieren, eine relativ wirksame Hemmschwelle für die Ausbreitung gewaltsamer Konflikte darstellen. Dies

bedeutet jedoch nicht, dass im weiteren Konfliktverlauf, insbesondere durch *Resonanzeffekte* mit ähnlich gelagerten innerstaatlichen Auseinandersetzungen in anderen Ländern, nicht auch zwischenstaatliche Konflikte entstehen könnten. Auch können, wie im folgenden Kapitel gezeigt wird, innerstaatliche, identitätsbasierte Konflikte ab einer gewissen Intensität und einem gewissen Umfang mit entsprechend intensiven internationalen Verflechtung der involvierten Gruppen auf geographisch entfernt gelegene Räume übergreifen, in denen die Konfliktparteien durch Gruppen mit entsprechend transnational ausgeprägten Identitäts- und Solidaritätsbänden repräsentiert sind.

3.3.2 Mehr-Ebenen-Ansatz: Maßstabsgebundene Verflechtungen

Nicht allein durch die fachliche und methodische Breite, sondern gerade durch die Sensibilität für raum- und skalen-spezifische Rahmenbedingungen und Interdependenzen sowie Resonanzen schafft der geographische Blickwinkel einen zentralen Mehrwert für die Disziplin der Konfliktforschung. Das Verständnis von Maßstabsebenen übergreifenden Zusammenhängen, Einflüssen und Abhängigkeiten erschließt häufig erst die tiefer liegenden Kausalitätsketten von Konflikten und erlaubt damit auch das Ableiten von Handlungsempfehlungen, die an den jeweils relevanten Maßstabsebenen, von der lokalen bis zur globalen Ebene, ansetzen. Es ist Aufgabe der Geographischen Konfliktforschung, systemische Zusammenhänge zwischen lokalen bzw. regionalen Konflikten mit räumlich übergeordnet gelagerten Interessensverflechtungen, Machtstrukturen und Prozessen zu erkennen, die aus zunächst isoliert erscheinenden lokalen Konflikten eine Herausforderung viel größerer Tragweite werden lassen können. Werden scheinbar isolierte lokale Konflikte durch dieselbe, maßstäblich übergeordnet gültige Logik gesteuert, so muss ihr Eskalationspotenzial entsprechend kritischer bewertet werden.

Ein Beispiel, das diese Zusammenhänge verdeutlicht, sind die auf mehrere Länder der Sahelzone verteilten lokalen Konflikte um den Zugang zu fruchtbarem Land und Wasserressourcen. Isoliert betrachtet besitzen solche Konflikte keine Tragweite, die ihre Einschätzung als international relevantes sicherheitspolitisches Risiko rechtfertigen würde. Erst das Erkennen der systematischen kausalen Verknüpfung der lokalen Ressourcenkonflikte mit den maßstäblich übergeordnet ablaufenden Prozessen des globalen Klimawandels und des regionalen Bevölkerungswachstums lässt die Brisanz der Lokalkonflikte sowie ihre, zumindest durch die gemeinsame Steuerungslogik bedingte Einbettung in ein logisch verknüpftes regionales Konfliktnetzwerk erkennen. Bei einer Bevölkerungsverdopplung im Sahelraum innerhalb von weniger als 40 Jahren (vgl. DSW 2010: 6) und einer möglichen Zuspitzung des Klimawandels besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass sich die lokalen Ressourcenkonflikte zu einem Flächenbrand ausweiten. Über humanitäre Katastrophen und daraus möglicherweise resultierende Flüchtlingsströme als „Bedrohungen,

⁷ Nach Schwank (2010) verliefen zwischen 2005 und 2009 – nach einem langfristig relativ konstanten Anstieg in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts – bereits über 90% aller gewaltsamen Krisen und Konflikte innerstaatlich.

die „keine Grenzen kennen“ (Ó Tuathail 2001: 232) können sie ab einer gewissen Eskalationsstufe in Zukunft möglicherweise auch weit entfernte, vom Konfliktgeschehen zunächst gar nicht betroffene Weltregionen, wie etwa die Europäische Union, destabilisieren.

Im Zeitalter globaler Medienvernetzung werden Skalensprünge im Konfliktgeschehen – von der lokalen Ebene über die global-virtuelle Sphäre und wieder zurück ins Lokale, an möglicherweise geographisch weit vom Konfliktursprung entfernten Orten – zu einer bedeutenden Fragestellung zeitgemäßer Geographischer Konfliktforschung. Voraussetzung für die mediale Fernübertragung von Konflikten ist zum einen die mittlerweile nahezu flächendeckend gegebene Medienvernetzung der Menschheit und zum anderen die Empfänglichkeit spezifischer lokaler Bevölkerungsgruppen für das übertragene Konfliktsignal. Die emotionale Resonanz der lokalen Gruppen kann bei entsprechend spannungsgeladenen örtlichen Rahmenbedingungen zu einer Eruption von Gewalt führen, die im Sinne eines Stellvertreterkonflikts schließlich unschuldige Gruppen trifft, die als symbolische Repräsentanten des räumlich nicht erreichbaren *Feindes* missbraucht werden.

Als Beispiel für Skalensprünge in Konflikten kann der sogenannte Karikaturenstreit dienen. Die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen durch die dänische Tageszeitung Jyllands-Posten am 30.09.2005 mit einer relativ kleinen Auflage und räumlichen Reichweite führte über die globale Medienvernetzung innerhalb weniger Tage zu gewalttätigem Aufruhr in weiten Teilen der islamischen Welt und Diaspora. Im muslimisch dominierten Norden Nigerias beispielsweise entluden sich die Spannungen über viele Wochen in sporadischen Mobattacken, bei denen allein in der Stadt Maiduguri am 18.02.2006 rund 50 Personen getötet und zahlreiche Kirchen niedergebrannt wurden (Anyanwu 2009: 1). Wiederum über das Internet wurden die Spannungen in Form von *Fatwas* (islamische Rechtsgutachten) mit Racheaufrufen extremistischer geistlicher Führer aus verschiedenen Orten der islamischen Welt nach Kopenhagen zurück übertragen, wo am 29.12.2010 vom dänischen Geheimdienst ein massiver Terroranschlag auf den Verlag der Jyllands-Posten verhindert werden konnte. Besonders postmodern-skurril werden die Skalensprünge und maßstäblichen Verknüpfungen, wenn deutsche Islamkonvertiten ins pakistanische Waziristan auswandern, um aus der globalen Peripherie per Internet zum finalen Jihad gegen die traditionell als Teil des „Kriegsgebiet[s]“ (*dar al-harb*)“ (Heidenreich 2010: 72) konstruierte westlich-christliche Welt aufzurufen und hierfür Selbstmord-Attentäter in Deutschland mobilisieren (vgl. Holtmann 2010).

3.3.3 Akteurszentrierung: Die Bedeutung individuellen Handelns im Konflikt

Eine dritte erkenntnistheoretische Säule der Geographischen Konfliktforschung stellt den Bezug zum Akteur her. Reuber & Wolkersdorfer (2007: 760 f.) sehen in ihrem akteurszentrierten und handlungsorientierten

Ansatz das Handeln der Beteiligten in Konflikten als Ergebnis des Wechselspiels dreier Faktorengruppen:

- individuelle *Biographie* des Akteurs: persönliche Normen, Ziele, Fähigkeiten und subjektive Konstruktionen bezüglich der Konfliktsituation;
- soziopolitische Institutionen: gesellschaftliche *Spielregeln*, Normen, Zwänge und Möglichkeiten des Handelns;
- räumliche *Strukturen*: räumlich gebundene materielle Strukturen und Ressourcen, aber auch Symbole, Machtansprüche und Machtpotenziale als kollektive subjektive Konstruktionen und Repräsentationen.

Das Verhalten der Akteure und Akteursgruppen in Konflikten hat entscheidenden Einfluss auf den Konfliktverlauf. Gemäß dem poststrukturalistischen Paradigma kann nicht davon ausgegangen werden, dass es „structural causes of human conditions independent of human action“ gibt (Kobayashi 2009: 824). Das Verständnis persönlicher Motive, sozialer Zwänge, gruppenspezifischer Prozesse, moralischer Referenzsysteme und der vom Konfliktgeschehen berührten Interessen sowie der mit dem betroffenen Raum verbundenen Machtansprüche spielt eine entscheidende Rolle für die Entwicklung angepasster friedensschaffender bzw. -sichernder Maßnahmen. Wichtig ist dabei die Erkenntnis, dass die von einem Akteur oder einer Konfliktpartei wahrgenommene *Realität* immer eine subjektive ist bzw. eine subjektive Konstruktion darstellt. Gerade in raumbezogenen Konflikten, so Reuber (2001: 81), „bilden ja akteurspezifisch unterschiedliche Sichtweisen und (raumbezogene) Interessen explizit den Ausgangspunkt der Auseinandersetzungen.“

Das Argument der Subjektivität und Konstruiertheit der Wahrnehmung seitens der unterschiedlichen Konfliktparteien, einschließlich des Konfliktforschers, birgt jedoch auch die Gefahr des überzogenen Relativismus. Denn die *Konstruktion* im Sinne der strategisch intendierten Darstellung einer verzerrten *Realität* und ihre Reproduktion über die Medien wird – diese Erkenntnis erschließt sich mittels des dekonstruierenden Ansatzes der *Critical Geopolitics* – häufig bewusst als Waffe in raumbezogenen Konflikten eingesetzt.⁸ Dabei gibt es auch Fälle, bei denen dieses Instrument vor allem auf *einer* Seite der Konfliktparteien konsequent und systematisch eingesetzt wird. In gewissen Fällen kann nicht einmal von *verschiedenen* Konfliktparteien gesprochen werden, denen man taktisches Kalkül unterstellen könnte. Dies trifft zu, wenn am Konfliktgeschehen unbeteiligte Menschen, etwa in Form von Militäroperationen, Terroranschlägen oder Guerillaangriffen, allein deshalb zur Zielscheibe von Gewalt werden, weil sie einer gewissen Ethnie oder Religion angehören. In

⁸ Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Reuber (2001: 86 f.) zu den mehrfachen Verzerrungen, die Konfliktakteure bei der Herausbildung und Verbreitung „strategischer Raumbilder“ vornehmen können (Konzept der „Dreifachen Subjektivierung und Instrumentalisierung räumlicher Strukturen im raumbezogenen Konflikt“). Den extremsten Grad der Verzerrung bezeichnet Pfetsch (2004: 9) im Zusammenhang der Begründung des Irakkriegs durch die *Koalition der Willigen* als „Demagogie“.

identitätsbezogenen Konflikten werden sie durch die Aggressoren lediglich als *greifbare Repräsentanten* eines sonst *unerreichbaren Feindes* missbraucht.⁹

Wenngleich die Tatsache nicht von der Hand zu weisen ist, dass auch die Ergebnisse der Geographischen Konfliktforschung Neukonstruktionen der Konflikt-*„Wirklichkeit“* darstellen (vgl. Nissel 2010: 15 und Reuber 2001: 89), so darf der Forschende doch nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden, gemäß der normativen Zielsetzung der Friedenssicherung in schiedsrichterlicher Rolle gewisse Akteure mit ihren Methoden als Konflikttreiber zu entlarven, um wirksame Zugänge zur Befriedung gewaltsamer Konflikte zu schaffen.

3.4 Breite des Methodenspektrums: von GIS bis Diskurs

In der Geographischen Konfliktforschung können, gemäß dem Anspruch, die unterschiedlichen Dimensionen und Maßstabebenen der Spannungsverhältnisse zu erfassen, entsprechend vielfältige Forschungsmethoden zum Einsatz kommen. Allerdings sollte die Kombination unterschiedlicher Methoden im Sinne einer erkenntnisvertiefenden Methoden-Triangulation (vgl. Flick 2004) in der Forschungspraxis noch weiter intensiviert werden. So ist eine ergänzende konzeptionelle Verknüpfung sprachanalytischer und interpretativer Verfahren mit den klassischen sozialwissenschaftlichen Erhebungsmethoden vielversprechend. Ausbaubedürftig sind auch die Anwendung Geographischer Informationssysteme (GIS) sowie die systematische Analyse physisch-geographischer Konfliktfaktoren. Die Einbeziehung von GIS-Methoden ermöglicht die statistische Datenverarbeitung zu komplexen raumbezogenen konfliktrelevanten Faktoren ebenso wie das fernerkundliche und damit von möglichen Verzerrungen durch Informanten unabhängige Monitoring aktuellen Konfliktgeschehens. Diese Informationen können allein mittels klassischer sozialwissenschaftlicher Erhebungsmethoden nicht mit vergleichbarer räumlicher Reichweite und sachlicher Exaktheit erfasst werden.

Eine Geographische Konfliktforschung, die nicht in einem geodeterministischen und essentialistischen Wissenschaftsverständnis verhaftet ist, wird diese quantitativen Informationen dank ergänzend gewonnener sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse und post-positivistischer Deutungen zu werten wissen. Hier bietet sich insbesondere das Verfahren der Diskursanalyse Foucault'scher Prägung an, das sensibel ist für soziopolitische Machtkonstellationen, auf deren Grundlage konfliktrelevante Diskurse in Politik, Medien und Alltagsnarrativen geschaffen und gesteuert sowie Rechtfertigungen für einseitige Gewaltanwendung gezielt und öffentlichkeitswirksam konstruiert werden können. Ebenso bedeutsam für ein umfassendes Konfliktverständnis sind semiotische Interpretationsverfahren, die

es ermöglichen offene und versteckte Symboliken oder widerstreitende Bedeutungszuschreibungen, etwa für bestimmte Räume oder besondere Gebäude, bezüglich ihrer Konfliktrelevanz zu erfassen (vgl. Reuber & Wolkersdorfer 2005: 650). Die Instrumente der Dekonstruktion und Interpretation sind ein unerlässliches Element Geographischer Konfliktforschung. Sie ermöglichen es, die in jedem raumbezogenen Konflikt (un-)bewusst eingesetzten, häufig erst die Konflikteskalation auslösenden Strategien der interessengeleiteten Mythenbildung, Diskreditierung, Aufstachelung, Manipulation und/oder Fehlinformation offen zu legen.

In der Geographischen Konfliktforschung besonders sensitiv und verantwortungsvoll anzuwenden sind die klassischen quantitativen und qualitativen Befragungsinstrumente empirischer Sozialforschung. Folgende Aspekte müssen bei der Konzipierung, Durchführung und Bewertung empirischer Arbeiten zur Konfliktforschung berücksichtigt werden:

- Beim Verfassen von Fragebögen und Interviewleitfäden läuft der Forscher Gefahr, vorgefasste Meinungen und Interpretationsschemata in gewissem Maße durchzupausen.
- Da Gewaltkonflikte mit Straftaten einhergehen, werden Befragte entweder verstärkt dazu neigen verfälschte, da sozial erwünschte bzw. legalitätskonforme Antworten zu geben oder Aussagen ganz zu verweigern. Die empirisch gewonnenen Ergebnisse wären damit wertlos im Hinblick auf die Eruiierung tatsächlich relevanter Konfliktzusammenhänge. Sie ließen lediglich ein Nachzeichnen der einseitig durch eine Konfliktpartei konstruierten und zirkulierten Konflikt narrative mit Wahrheitsanspruch zu.¹⁰
- Befragungen mit sprachlich und interkulturell für westliche Wissenschaftler schwer zugänglichen Akteuren und Betroffenen können häufig nur mithilfe entsprechender instruierender lokaler Interviewer durchgeführt werden. Schwierig gestalten sich neben der Vermitteltheit der Informationen bei mehreren Interviewern die Überprüfungsmöglichkeiten zur Sicherstellung der Vergleichbarkeit der Ergebnisse.
- Bei der Interpretation von Befragungsergebnissen ist der Forscher von seinen, bezogen auf fremde Kulturräume immer limitierten Vorkenntnissen abhängig. Bei diesem Arbeitsschritt sollte also immer eine offene, kritische Diskussion der Ergebnisinterpretation mit erfahrenen lokalen Experten – möglichst der unterschiedlichen Konfliktparteien des betreffenden Raums – vorgesehen werden.
- Schließlich bedeutet die Durchführung empirischer Erhebungen zu virulenten Konflikten immer auch ein zumindest indirektes Eingreifen ins Konfliktgesche-

⁹ Vgl. hierzu die Ausführungen von Sundberg (2009: 3) zu „one-sided violence“, die definiert wird als „violence aimed directly at unarmed civilians [...]. It is thus separate from armed action between combatants“.

¹⁰ So sieht Reuber (2001: 89) die „letztgründigen Ziele der Akteure“ im Konfliktgeschehen als „empirisch unzugänglich“. Diese Bewertung mag als Hinweis dienen, mit welcher Vorsicht und methodischen Differenziertheit der Frage nach Handlungsmotiven und Zielsetzungen von Konfliktakteuren nachgegangen werden muss, um zu vermeiden, dass Forschungsergebnisse einseitige Konflikt narrative reproduzieren und mit wissenschaftlicher Legitimierung ausstatten.

hen selbst. Eine besonders sensible Vorgehensweise muss hier unbedingt zum Arbeitsethos des Konfliktforschers zählen, da in einer angespannten Atmosphäre allein durch empirisches Arbeiten im Feld leicht Gerüchte geschürt und ein spontanes Aufflammen gewaltsamer Konflikte verursacht werden können.¹¹

4. „Clash of Civilizations“: erfolgreich dekonstruiert und nun tabu?

Jede Epoche in der Entwicklung von Wissenschaft und Politik hat ihre eigenen *blinden Flecken* sowie Denk- und -verbote. Zu den Tabus im aktuellen Mainstream Politischer Geographie gehört – unbenommen der problematischen Kategorisierung und Territorialisierung von Kulturräumen – die ergebnisoffene Beschäftigung mit der These Huntingtons (1998: 11), dass die „zentrale und gefährlichste Dimension der kommenden globalen Politik der Konflikt zwischen Gruppen aus unterschiedlichen Zivilisationen sein werde.“ Es lässt sich feststellen, dass Konfliktforscher in dieser Fragestellung häufig losgelöst von konkreten und empirisch fassbaren Konfliktprozessen arbeiten. So gibt es etwa eine Vielzahl von Aufsätzen, in denen Huntingtons These vom „Clash of Civilizations“ am sicheren Schreibtisch dekonstruiert wird (u. a. Davis 2008, Ehlers 1996, Helmig 2007, Kreuzmann 2000, Nissel 2010, Reuber & Strüver 2009, Reuber & Wolkersdorfer 2002 und 2004, Wolkersdorfer 2001). Die Autoren setzen sich in diesem Zusammenhang jedoch nicht den persönlichen Mühen und Gefahren des empirisch basierten Falsifizierens in, von den behaupteten „Bruchlinienkriegen“ (Huntington 1998: 19) betroffenen Gebieten aus.¹² Dabei geht es doch um die eminent wichtige Frage, wie zukünftige gewaltsame Konflikte, wie etwa der zwanzig Jahre andauernde Bürgerkrieg im Südsudan, der deutliche Komponenten eines interkulturellen bzw. interreligiösen Konflikts aufwies, vermieden werden können. Wird sich die *ultima ratio* der Staatenteilung im Zuge des Referendums im Januar 2011 faktisch durchsetzen und praktisch bewähren, um einen dauerhaften Frieden zu sichern oder werden sich die Tendenzen *ethnischer Säuberung* in den getrennten Landesteilen noch verstärken und der Konflikt auf eine internationale Ebene gehoben? Kann die Gefahr eines Genozids entlang diskursiv konstruierter und politisch instrumentalisierter Kulturgrenzen anhand gewisser Indikatoren in gefährdeten Staaten vorhergesehen werden, um rechtzeitig wirksame Gegenmaßnahmen zu ermöglichen?

Hasenclever & De Juan (2007: 11) ziehen aus der

Feststellung, dass etwa die Hälfte aller gewaltsamen Konflikte in der Welt „ohne religiöse Konnotationen“ ablaufen, den Schluss: „Religiöse Differenzen sind keine Kriegsursache“ (op. cit.: 10). Bürgerkriege zwischen Angehörigen derselben Religion werden als Hinweis dafür gewertet, dass „Glaubensunterschiede in quantitativen Untersuchungen bedeutungslos werden“ (op. cit.: 11). Solche Rückschlüsse sind nur erklärbar, wenn Religionen in simplifizistischer Weise als monolithische Blöcke konstruiert werden, die keine Konflikte zwischen ihren – meist vielfältigen und teilweise durchaus widerstreitenden – internen Strömungen kennen.

Wenn Konfliktforschung nach dem Motto *was nicht sein darf, kann nicht sein* unter Ausnutzung ihrer diskursiven Macht ihren Blick verengt und – bewusst oder unbewusst – neue Metaerzählungen etabliert, die dem Erkennen, Vorbeugen und Lösen aktueller und zukünftiger Konflikte abträglich sind, beraubt sie sich in diesem Punkt aus gesellschaftlicher Perspektive ihrer eigenen Existenzrechtfertigung. Wenn Konfliktforscher aus dem kulturell vergleichsweise homogenen und konfliktfreien ‚Westen‘ unter Ausnutzung ihrer dominanten Stellung in der globalen Architektur der Wissenschaftswelt den akademischen Diskurs über die Bedeutung interkultureller und interreligiöser Aspekte in Konflikten zu beherrschen trachten, ohne hierüber eine ergebnisoffene Debatte mit Fachkollegen aus Gesellschaften zu führen, deren Alltag von solchen Konflikten auf teilweise dramatische Art und Weise bestimmt wird, dann drängt sich der Vorwurf selbstreferentiellen Forschens in neokolonialer Selbstgewissheit auf.

Welche Verantwortung tragen Konfliktforscher im Ringen um den Schutz besonders verwundbarer Bevölkerungsgruppen vor systematischen Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Genozid? Wolkersdorfer (2001b: 231) sieht die Gefahr, dass der Menschenrechtsdiskurs „zu einem eminent mächtigen Schwert in der Hand einer westlich-kapitalistischen geprägten Gesellschaft werden“ kann. Dies trifft zu, wenn die Argumentation mit Menschenrechten für geopolitische Zwecke instrumentalisiert wird. Nehmen wir aber, in unserer Rolle als Konfliktforscher, die Perspektive von 70 % der Weltbevölkerung ein, die laut der Studie „Global Restrictions on Religion“ (Pew Forum 2009: 1) in 32 % aller Staaten der Erde unter einem hohen bis sehr hohen Grad der Einschränkung ihres Menschenrechts auf Religionsfreiheit¹³ persönlich, d. h. in Form von systematischer Diskriminierung bis hin zu Folter und täglichem Terror, leiden, dann müssen sich Wissenschaftler wie politische Entscheidungsträger über ihre ethisch-moralische Verpflichtung klarwerden, die sie *auch* oder

¹¹ So wurden beispielsweise die Daten für eine eigene Kartierung der Anfang 2010 durch Mobattacken zerstörten christlichen Wohn- und Geschäftsbereiche in Jos, Nigeria, nicht mittels offener Begehung der betroffenen Straßenzüge erhoben, sondern durch Filmen der zerstörten Gebäude durch eine Öffnung in der abgedunkelten Scheibe eines Fahrzeugs mit lokalem Fahrer und ortskundigem Führer.

¹² Virchow (2010) gibt einen Überblick über die bislang erfolgten quantitativen Überprüfungsversuche der Thesen Huntingtons, die jedoch ebenfalls keine empirische Feldforschung in Konfliktgebieten einschließen.

¹³ Artikel 18 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (1948): „Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.“

gerade gegenüber den verwundbarsten Gruppen der Gesellschaften in der *nicht*-„westlich-kapitalistischen“ Welt haben.¹⁴

Es besteht eine enorme Dringlichkeit, das Thema interkultureller und interreligiöser Konflikte ganz oben auf die Agenda empirischer transdisziplinärer Konfliktforschung zu setzen. Sicherlich wäre es hierbei eine sinnvolle Vorarbeit, die Methode der Diskursanalyse im Sinne der disziplinären Selbstreflexion anzuwenden, um eine verschlüsselte „Archäologie der Macht“ (Foucault 1976) in den herrschenden westlich dominierten Diskursstrukturen der Konfliktforschung aufzudecken. In einem *entminten* Forschungsterrain und Diskursfeld zur Frage interkultureller und interreligiöser Spannungen muss – ganz im Sinne der Kritiker Huntingtons – in erster Linie Wert auf Offenheit sowie auf sachliche Differenziertheit gelegt werden.

Religionen und die sie vertretenden Institutionen und Strömungen mit ihren jeweils eigenen, mit unterschiedlicher diskursiver Durchsetzungsmacht vertretenen Interpretationen von Glaubenssätzen, müssen es sich in diesem Rahmen auch gefallen lassen, sich systematisch auf ihre Friedenstauglichkeit und -wirksamkeit im interkulturellen Konzert einer vielfältigen Welt überprüfen zu lassen.¹⁵ Es muss erlaubt sein, Versuche zu unternehmen *facade agendas* (vorgegebene Ziele) von Religionen und religiösen Gruppen zu fassen und von teilweise viel mächtigeren und konfliktträchtigeren, da intoleranten *hidden agendas* (verborgenen Zielen) – möglicherweise sogar mit weitreichenden geopolitischen Zielsetzungen – zu unterscheiden.

¹⁴ Vgl. hierzu auch die im Rahmen der UN geführte Debatte zur *emerging norm* der „*Responsibility to Protect*“, die im Falle eklatanter Unfähigkeit und/oder Unwilligkeit eines Staates, die grundlegenden Menschenrechte seiner Bürger zu sichern, Wirkung entfalten soll (vgl. Schaller 2008).

¹⁵ Besonders kritisch sind aus diesem Grund jegliche Initiativen zu werten, die Religionen durch sogenannte Blasphemiegesetze auf nationaler wie internationaler Ebene von der Möglichkeit kritischer Betrachtung ausnehmen und es zulassen, dass Kritik jederzeit aus subjektiver Perspektive als Diffamierung gewertet werden kann.

Literatur

- Anyanwu, Ch. N. (2009):** Creative Strategies for Conflict Management & Community Building. Bloomington.
- Barnett, Th. (2005):** The Pentagon's New Map. War and Peace in the Twenty-First Century. New York.
- Biehl, H. & J. Jacobs (2009):** Öffentliche Meinung und Sicherheitspolitik. In: Böckenförde, S. & S. B. Gareis (Hrsg.): Deutsche Sicherheitspolitik. Opladen, Farmington Hills. S. 233-252.
- Böckenförde, S. & S. B. Gareis (2009):** Die Zukunft der Sicherheit – Probleme, Herausforderungen und Lösungsansätze für die deutsche Sicherheitspolitik. In: Böckenförde, S. & S. B. Gareis (Hrsg.): Deutsche Sicherheitspolitik. Opladen, Farmington Hills. S. 363-374.
- BMVg (Bundesministerium der Verteidigung) (2006):** Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr. http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W26UYEPT-431INFODE/WB_2006_dt_mB.pdf 01.01.2011.
- Croissant, A. et al. (2009):** Kulturelle Konflikte seit 1945. Die kulturellen Dimensionen des globalen Konfliktgeschehens. Baden-Baden.
- Davis, J.-A. (2008):** Clashing Civilisations or Conflicting Interests? In: Geopolitics, Jg. 13, Nr. 4, S. 757-760.
- DSW (Deutsche Stiftung Weltbevölkerung) (2010):** DSW-Datenreport 2010. Soziale und demographische Daten zur Weltbevölkerung. http://www.dsw-online.de/pdf/dsw_datenreport_09.pdf 01.01.2011.
- Ehlers, E. (1996):** Kulturkreise - Kulturerdteile - Clash of Civilizations. Plädoyer für eine gegenwartsbezogene Kulturgeographie. In: Geographische Rundschau, Jg. 48, Nr. 6, S. 338-344.
- Flick, U. (2004):** Triangulation. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Flint, C. & P. Taylor (2007):** Political Geography: World-economy, nation-state and locality. Harlow.
- Foucault, M. (1976):** Überwachen und Strafen. Frankfurt a.M.
- Gareis, S. B. (2009):** Militärische Beiträge zur Sicherheit. In: Böckenförde, S. & S. B. Gareis (Hrsg.): Deutsche Sicherheitspolitik. Opladen, Farmington Hills. S. 99-129.
- Hasenclever, A. & De Juan, A. (2007):** Religionen in Konflikten – eine Herausforderung für die Friedenspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 57, Nr. 6, S. 10-16. <http://www.bpb.de/files/IWEW2Z.pdf> 01.01.2011.

- Heidenreich, E. (2010):** Sakrale Geographie. Essay über den modernen Dschihad und seine Räume. Bielefeld
- Helmig, J. (2007):** Geopolitik – Annäherung an ein schwieriges Konzept. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 57, Nr. 20-21, S. 31-37. <http://www.bpb.de/files/4EW2B1.pdf> 01.01.2011.
- Holtmann, Ph. (2010):** "Folgt der Karawane der Märtyrer!" Mit Internet-Propaganda werben deutsche Jihadisten in Waziristan um neue Mitglieder. In: SWP-Aktuell, Nr. 58. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2010A58_hlt_ks.pdf 01.01.2011.
- Huntington, S. (1993):** The Clash of Civilizations. In: Foreign Affairs, Jg. 72, Nr. 3, S. 22-49.
- Huntington, S. (1998):** Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Berlin. 4. Aufl.
- Jones, M.; Jones, R. & M. Woods (2004):** An introduction to political geography: space, place and politics. New York.
- Kobayashi, A. (2009):** Geographies of Peace and Armed Conflict: Introduction. In: Annals of the Association of American Geographers, Vol. 99, No. 5, P. 819-826.
- Kost, K. (2000):** Großstadtfeindlichkeit im Rahmen deutscher Geopolitik bis 1945. In: Diekmann, I. et al. (Hrsg.): Geopolitik. Grenzgänge im Zeitgeist, Bd. 1, S. 169-188.
- Kreutzmann, H. (2000):** Von der Modernisierungstheorie zum „clash of civilizations“: Gemeinsamkeiten und Widersprüche strategischer Entwicklungsvorstellungen. In: Bahadir, S. A. (Hrsg.): Kultur und Region im Zeichen der Globalisierung. Wohin treiben die Regionalkulturen? Neustadt a. d. Aisch. S.129-151.
- Mattisek, A. & P. Reuber (2007):** Poststrukturalistische Methoden in der Geographie: das Beispiel Diskursanalyse. In: Gebhardt, H. et al. (Hrsg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. München. S. 173-183.
- Nissel, H. (2010):** Kritische Geopolitik. Zur Neukonzeption der Politischen Geographie in der Postmoderne. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Jg. 202, Nr. 1, S. 12-23.
- Oßenbrügge, J. (1983):** Politische Geographie als räumliche Konfliktforschung. Konzepte zur Analyse der politischen und soziologischen Organisation des Raumes auf der Grundlage anglo-amerikanischer Forschungsansätze. Hamburg.
- Oßenbrügge, J. (2001):** Modernisierung der Belanglosigkeit oder Neubeginn einer kritischen Politischen Geographie? Anmerkungen zur wissenschaftlichen Lage und zum Start eines Arbeitskreises. In: Reuber, P. & G. Wolkersdorfer (Hrsg.): Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberg. S. 177-184.
- Ó Tuathail, G. (1998):** Thinking Critically about Geopolitics. In: Ó Tuathail, G.; Dalby, S. & P. Routledge (Eds.): The Geopolitics Reader. London, New York. P. 1-12.
- Ó Tuathail, G. (2001):** Bedrohungen ohne Grenzen: Widersprüche beim Aufeinandertreffen von Geopolitik und Risikogesellschaft. In: Kritische Geographie 14, Geopolitik: zur Ideologiekritik politischer Raumkonzepte. Wien. S. 231-238.
- Painter, J. (2003):** Towards a post-disciplinary political geography. In: Political Geography, Jg. 22, S. 637-639.
- Pew Forum (2009):** Global Restrictions on Religion. Washington. <http://pewforum.org/uploadedFiles/Topics/Issues/Government/restrictions-fullreport.pdf> 01.01.2011
- Pfetsch, F. R. (2004):** Geopolitische Implikationen der „Neuen Weltordnung“. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Jg. 148, Nr. 2, S. 6-11.
- Reuber, P. (1999):** Raumbezogene politische Konflikte. Geographische Konfliktforschung am Beispiel von Gemeindegebietsreformen. In: Erdkundliches Wissen 131. Stuttgart.
- Reuber, P. (2000):** Die Politische Geographie als handlungsorientierte und konstruktivistische Teildisziplin – angloamerikanische Theoriekonzepte und aktuelle Forschungsfelder. In: Geographische Zeitschrift, Jg. 88, Nr. 1, S. 36-52.
- Reuber, P. (2001):** Möglichkeiten und Grenzen einer handlungsorientierten Politischen Geographie. In: Reuber, P. & G. Wolkersdorfer (Hrsg.): Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberg. S. 77-92.
- Reuber, P. & A. Strüver (2009):** Diskursive Verräumlichungen in deutschen Printmedien: Das Beispiel Geopolitik nach 9/11. In: Döring, J. & T. Thielmann (Hrsg.): Mediengeographie. Theorie – Analyse – Diskussion. Bielefeld. S. 315-332.

- Reuber, P. & G. Wolkersdorfer (2002):** Clash of Civilizations aus der Sicht der kritischen Geopolitik. In: Geographische Rundschau, Jg. 54, Nr. 7-8, S. 24-28.
- Reuber, P. & G. Wolkersdorfer (2004):** Auf der Suche nach der Weltordnung? Geopolitische Leitbilder und ihre Rolle in den Krisen und Konflikten des neuen Jahrtausends. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, Jg. 148, Nr. 2, S. 12-19.
- Reuber, P. & G. Wolkersdorfer (2005):** Politische Geographie. In: Schenk, W. & K. Schliephake (Hrsg.): Allgemeine Anthropogeographie. Gotha, Stuttgart. S. 631-664.
- Reuber, P. & G. Wolkersdorfer (2007):** Politische Geographie. In: Gebhardt, H. et al. (Hrsg.): Geographie. Physische Geographie und Humangeographie. München. S. 750-770.
- Schaller, C. (2008):** Gibt es eine „Responsibility to Protect“? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 58, Nr. 46, S. 9-14. <http://www.bpb.de/files/8HYVGA.pdf> 01.01.2011.
- Schwank, N. (2010):** Entwicklung innerstaatlicher Kriege seit dem Ende des Ost-West Konfliktes. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Dossier Innerstaatliche Konflikte. http://www.bpb.de/themen/7U54R1,0,Entwicklung_innerstaatlicher_Kriege_seit_dem_Ende_des_OstWest_Konfliktes.html 01.01.2011.
- Staack, M. (2009):** Normative Grundlagen, Werte und Interessen deutscher Sicherheitspolitik. In: Böckenförde, S. & S. B. Gareis (Hrsg.): Deutsche Sicherheitspolitik. Opladen, Farmington Hills. S. 45-78.
- Sundberg, R. (2009):** Revisiting One-sided Violence - A Global and Regional Analysis. http://www.pcr.uu.se/digitalAssets/18/18132_revisiting_one-sided_violence_UCDPno3.pdf 01.01.2011.
- Veres, A. & K. Kost (2005):** Verständnis von Geopolitik in der Gegenwart. Ein Ende des Schweigens? In: Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie, Jg. 29, Nr. 1, S. 26-30.
- Virchow, F. (2010):** Kulturkonflikte – zur theoretischen und empirischen Reichweite des “Clash of Civilizations“-Paradigmas. In: Berger, W. et al. (Hrsg.): Kulturelle Dimensionen von Konflikten. Gewaltverhältnisse im Spannungsfeld von Geschlecht, Klasse und Ethnizität. Bielefeld. S. 16-30.
- Wolkersdorfer, G. (2001a):** Politische Geographie und Geopolitik: Zwei Seiten derselben Medaille? In: Reuber, P. & G. Wolkersdorfer (Hrsg.): Politische Geographie: Handlungsorientierte Ansätze und Critical Geopolitics. Heidelberg. S. 33-56.
- Wolkersdorfer, G. (2001b):** Politische Geographie und Geopolitik zwischen Moderne und Postmoderne. Heidelberg.